



Nicht leicht zu bekommen: Eine Erlaubnis zum Daueraufenthalt in der EU inkl. Erlaubnis der Erwerbstätigkeit.

Migration und Flucht in Zeiten der Globalisierung

VON PEDRO MORAZÁN

Mehr als 65 Millionen Menschen befinden sich weltweit auf der Flucht vor Krieg, Gewalt, Hunger oder Naturkatastrophen. Das sind so viele wie noch nie. Die Zahl der Migrantinnen und Migranten wird auf ca. 240 Millionen Menschen weltweit geschätzt. Zunehmende Mobilität und Migration sind auch eine Folge sowie eine Antwort auf die globalen und nationalen Ungleichheiten.

Die ökonomische Globalisierung hat, neben einer starken Einkommenspolarisierung in allen Ländern, die Einkommensdifferenzen zwischen den Ländern des globalen Nordens und des globalen Südens weiter vertieft. Die Liberalisierung von Handel und Finanzen, die mit Hilfe von WTO und IWF umgesetzt wurden, spielten dabei eine entscheidende Rolle. Die Agenda 2030 bietet einen Rahmen, wichtige Dimensionen von Ungleichheit mit einer positiven Gestaltung von Migration zu verbinden. Bislang bieten die Gesetzeslage und die Nachhaltigkeitsstrategie der Bundesregierung hier nur unzureichende Instrumente.

Mehr als 65 Millionen Menschen befinden sich weltweit auf der Flucht vor Krieg, Gewalt, Hunger oder Naturkatastrophen (vgl. Abb. I.01.01). Das sind so viele wie noch nie. Die Zahl der Migrantinnen und Migranten wird auf ca. 240 Millionen Menschen weltweit geschätzt. Die meisten von ihnen bewegen sich in und zwischen den armen Ländern des globalen Südens. Aber auch die Süd-Nord-Migration hat in den letzten Jahren zugenommen. Die reichen Länder des Nordens haben sich in den 80er- und 90er-Jahren stark für Freihandel und freie Kapitalbewegungen über Grenzen hinweg eingesetzt. Privatinvestitionen werden dort angesiedelt, wo Arbeitskräfte am billigsten und staatliche Regulierungen am schwächsten sind. In der neoliberalen Globalisierung darf sich das Kapital, nicht aber die Menschen frei über nationale Grenzen hinweg bewegen.¹

Globale Ungleichheit und Migration

Die Globalisierung hat insbesondere zu einer Vertiefung von Ungleichheiten zwischen reichen Ländern des globalen Nordens und armen Ländern des globalen Südens geführt. Mithilfe von Handelsüberschüssen, ausländischen Direktinvestitionen und Finanzspekulationen wurde in den letzten 30 Jahren das Nationaleinkommen der reichen Länder wie kaum zuvor vermehrt. In den meisten Ländern des globalen Südens ist das versprochene Wirtschaftswunder der Liberalisierung dagegen weitgehend ausgeblieben. Eine weitere offensichtliche Folge der neoliberalen Globalisierung ist der enorme Zuwachs der Vermögensungleichheit, der zuletzt von Oxfam International in einer Studie dargestellt wurde. Demnach besaßen die acht reichsten Männer der Welt im Jahr 2016 zusammengekommen 426 Milliarden US-Dollar, während die ärmere Hälfte der Weltbevölkerung, d. h. 3,6 Milliarden Menschen, mit insgesamt 409 Milliarden Dollar Vermögen auskommen mussten.

Ungleichheit in und zwischen den Ländern wird inzwischen als ein Hindernis für Wirtschaftswachstum und Wohlstandsteigerung angesehen – u. a. von Institutionen wie dem Internationalen Währungs-

fonds (IWF) und dem Weltwirtschaftsforum.² Die große Kluft zwischen den Ultrareichen und den Armen ist auch in reichen Ländern ernüchternd. In den Ländern des globalen Südens hat die ungleiche Verteilung von Einkommen und Zugangsmöglichkeiten zu Bildung, Gesundheitsdienstleistungen, Krediten usw. zu einer Beeinträchtigung von Wirtschaftswachstum, gesellschaftlichem Zusammenhalt, zu aufgeblähten Gesundheits- und Bildungskosten und zu einer Verschärfung von Kriminalität geführt.

In den meisten europäischen Ländern wird immer noch ein Unterschied zwischen ökonomisch nachgefragten Migrant/innen (qualifizierte Arbeitskräfte werden gezielt angeworben z. B. Krankenschwestern aus den Philippinen) und kulturell anerkannten Zuwanderer/innen (innerhalb der EU Grenzen dürfen sich Menschen aus unterschiedlichen Mitgliedstaaten frei bewegen) gemacht. Darüber hinaus sehen sich viele Einheimische mit geringer Qualifikation in ihrer Einkommens- und sozialen Situation durch die Neuankömmlinge bedroht. Bestehende Ängste werden durch Terrorismus noch gestärkt. Die Chancen für Neuankömmlinge, eine Wohnung zu finden, werden immer geringer. Dadurch steigt die Tendenz, Grenzen abzuschotten und Zuwandernde in die ethnische Isolation zu vertreiben.

Lohn disparitäten und Arbeitsmigration

Die Anziehungskräfte, die durch bessere Lebensbedingungen in den reichen Ländern und Regionen des globalen Nordens entstehen, sind genauso stark wie die Abstoßungskräfte in den armen Ländern und Regionen des globalen Südens. Die Folge ist grenzüberschreitende Migration. Unter den wirtschaftlichen Faktoren, die als Auslöser von Migration angesehen werden, spielen die Lohn disparitäten zwischen dem globalen Norden und dem globalen Süden eine Schlüsselrolle. Nach Schätzungen der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) gibt es derzeit um die 150 Millionen Arbeitsmigrant/innen weltweit.³ Dabei werden als Arbeitsmigrant/innen nur die Personen

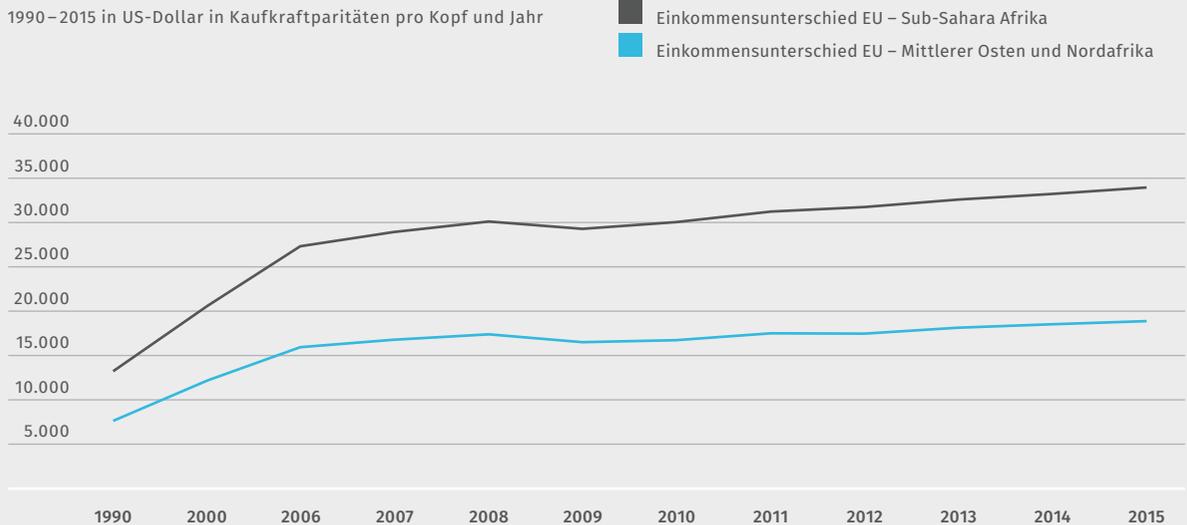
¹ Vgl. Morazan/Mauz (2016).

² Vgl. www.theguardian.com/business/2013/jan/08/climate-change-debt-inequality-threat-financial-stability und IMF (2014).

³ Vgl. ILO (2015b).

Abbildung II.10.01

Einkommensabstand zwischen der EU und Sub-Sahara-Afrika bzw. dem Mittleren Osten und Nordafrika

Quelle: Eigene Berechnung nach World Development Indicators (<http://databank.worldbank.org>).

gezählt, die als „Gastarbeiter/innen“ in Zielländern beschäftigt oder auf Arbeitssuche sind. Mehr als 48 Prozent der Arbeitsmigrant/innen leben in Nordamerika und in der Europäischen Union (EU). Die meisten internationalen Migrant/innen bewegen sich von Niedrig- zu Hochlohnländern. Das erklärt, warum 60 Prozent der weltweiten Migrant/innen in Ländern des globalen Nordens leben, in denen lediglich 16 Prozent der weltweit Beschäftigten beheimatet sind.⁴ Im Jahr 2000 gab es in diesen Ländern 52 Millionen Migrant/innen unter den 465 Mio. Beschäftigten, d. h. zwölf Prozent der Arbeitskräfte im globalen Norden waren Arbeitsmigrant/innen aus dem globalen Süden.

In den Ländern des globalen Südens sieht die Situation anders aus. Die 32 Millionen Arbeitsmigrant/innen in diesen Ländern machen nur ein Prozent der drei Milliarden Arbeitskräfte aus. Dabei reichen diese Anteile von null Prozent in China und Vietnam bis hin zu 70 Prozent in den Öl-exportierenden Ländern

des Mittleren Ostens. Demographische, ökonomische und soziale Nord-Süd Ungleichheiten sind inzwischen wichtige Treiber von Migration.⁵

Das Ziel der sogenannten Wirtschaftsmigrant/innen ist es, durch bessere Arbeitsbedingungen ihren Wohlstand zu vergrößern. Während Wirtschaftsmigrant/innen per Definition ihr Beschäftigungseinkommen zu verbessern suchen, geht es Flüchtenden in erster Linie darum, ihr Leben zu retten und sich in Sicherheit zu bringen. Es muss allerdings festgehalten werden, dass auch Geflüchteten eher in Länder mit geringer Arbeitslosigkeit wie Deutschland, Österreich oder Schweden gehen als in Länder mit Beschäftigungsproblemen wie Griechenland oder osteuropäische Länder.⁶

Die Lohn disparitäten zwischen reichen, industrialisierten und Entwicklungs- und Schwellenländern

4 Vgl. GCIM (2005).

5 Vgl. ebd.

6 Vgl. IWF (2016).

sind groß und haben in den letzten Jahren trotz der Wirtschaftskrise weiter zugenommen. Der Durchschnittslohn in den USA (gemessen in US-Dollar in Kaufkraftparitäten) ist mehr als dreimal so hoch wie der Durchschnittslohn in China. Zwar ist der Lohnunterschied leicht zurückgegangen, allerdings nicht im Gleichschritt mit den Arbeitsbedingungen und der Beschäftigung. Der Durchschnittslohn in den Ländern des globalen Nordens lag 2013 bei ca. 3.000 US-Dollar in Kaufkraftparitäten, verglichen mit einem Durchschnittslohn von ca. 1.000 US-Dollar in den Ländern des globalen Südens.⁷

Eine Folge der letzten globalen Finanz- und Wirtschaftskrise war ein Fallen der Reallöhne und eine Verschlechterung der Arbeitsbedingungen weltweit. Obwohl Reallohnsteigerungen in den letzten Jahren in einigen Entwicklungs- und Schwellenländern Asiens und Osteuropas größer waren als in den reichen Ländern des globalen Nordens, öffnet sich die Lohneinkommensschere zwischen Europa und Afrika weiter. Aber nicht nur im Hinblick auf Afrika hat sich das Versprechen als ein Märchen erwiesen, dass neoliberale Handelsreformen und Globalisierung zu einer allmählichen Konvergenz im Einkommensniveau führen.

Konflikte, Migration und Flucht

Die arabischen Länder im Norden Afrikas stehen häufig im Mittelpunkt der Migrationsdebatten. Der sogenannte arabische Frühling wurde hier als der Aufstand der Bevölkerung gegen unterdrückerische und korrupte Regierungen in Ländern wie Tunesien, Libyen oder Ägypten verstanden. Wie so oft gab es aber auch ökonomische Ursachen für die zunehmende Unzufriedenheit der Menschen. Diese Ursachen, die mit einer zunehmenden Einkommensungleichheit und einer Verschlechterung der Arbeitsbedingungen zu tun haben, bleiben weiterhin bestehen. Von Arbeitslosigkeit und Unterbeschäftigung sind insbesondere junge Menschen in Nordafrika betroffen. Nach Angaben der ILO ist Nordafrika mit knapp 30 Prozent (bei weiblichen Jugendlichen sind es sogar 45 Prozent) die Region mit der höchsten

Jugendarbeitslosigkeit weltweit. Kinderarbeit bleibt mit mehr als neun Millionen arbeitenden Kindern sehr hoch. Im Sudan machen Kinder ca. vier Prozent aller Beschäftigten aus. Hinzu kommt, dass soziale Dienstleistungen und soziale Sicherungssysteme in der Region zersplittert und unzureichend sind. Dabei wird sich das Problem von Arbeitslosigkeit und prekären Arbeitsbedingungen in den arabischen Ländern in der Zukunft eher verschlechtern, denn in dieser Region liegt die Erwerbsbeteiligungsquote (insbesondere bei Frauen)⁸ weit unter dem weltweiten Durchschnitt.⁹

In Subsahara-Afrika bleibt die informelle Wirtschaft mit 50 bis 80 Prozent des Bruttoinlandsprodukts und 60 bis 80 Prozent der Beschäftigten das akuteste Problem auf dem Arbeitsmarkt. Sowohl auf dem Land als auch in den Städten sind neun von zehn Erwerbstätigen im informellen Sektor beschäftigt, d. h. unter prekären Arbeitsverhältnissen. Dabei gibt es sehr starke regionale Unterschiede, die von den jeweiligen Produktionsstrukturen abhängen.¹⁰ Knapp 70 Prozent der Beschäftigten arbeiten unter prekären Bedingungen. Der weltweite Durchschnitt liegt bei 46 Prozent. Diese Menschen haben nicht nur niedrige Löhne sondern auch lange Arbeitszeiten und keinen sozialen Arbeitsschutz. Frauen sind in Afrika stärker von ungeschützten Arbeitsverhältnissen betroffen als Männer.¹¹ Kein Wunder also, dass Subsahara-Afrika die höchsten Migrationszahlen weltweit aufweist. Nach Angaben von UNHCR hat die Region eine Migrationsrate von 1,5 Prozent gegenüber einem Welt-durchschnitt von einem Prozent. Länder mit hohen arbeitsbedingten Migrationsraten sind Gambia, die Elfenbeinküste, Somalia und Simbabwe.

Haushaltseinkommen bestehen bekanntlich nicht nur aus Lohneinkommen, sondern auch aus Einkommen aus Eigentum, aus der Produktion von Dienstleistungen für den Eigenbedarf sowie aus erhaltenen Transferzahlungen. Die negativen Veränderungen

⁷ Vgl. ILO (2015).

⁸ Die Erwerbsbeteiligungsquote ist der Anteil der Erwerbspersonen in Relation zur Gesamtbevölkerung.

⁹ Vgl. ILO (2016).

¹⁰ Vgl. ebd.

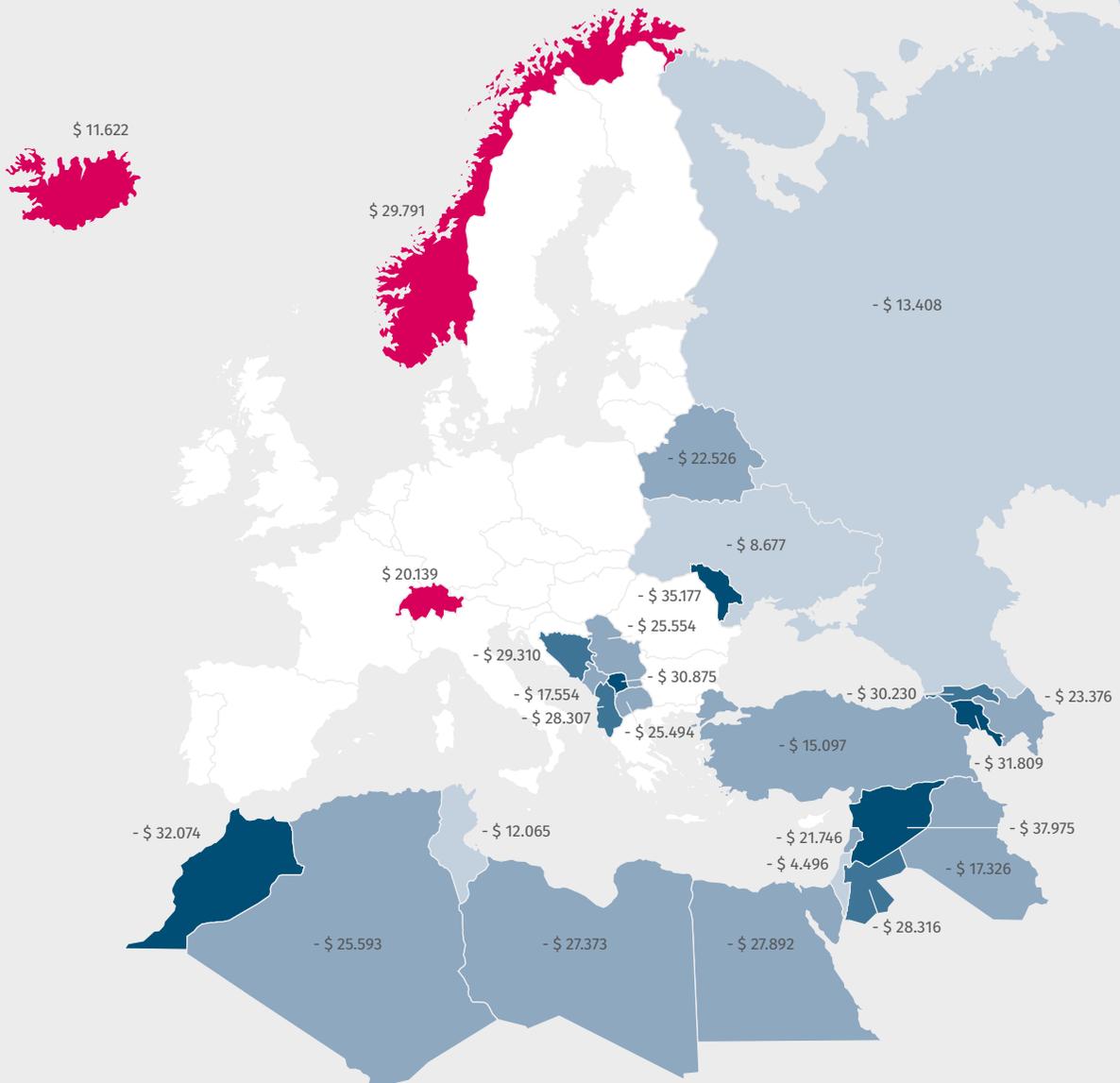
¹¹ Vgl. ebd.

Abbildung II. 10.02

Einkommensabstand zwischen der EU und ihren Nachbarländern

Differenz des Bruttoinlandsprodukt / Kopf in US-Dollar (PPP)

Anmerkung: Das durchschnittliche Pro-Kopf-Einkommen in der EU beträgt momentan geschätzt 40.875 US-Dollar (PPP) pro Kopf und Jahr, in Deutschland ca. 49.815 US-Dollar (PPP).



Quelle: Darstellung nach eigenen Berechnungen basierend auf Daten in IWF (2017). Zahlen für 2017 (IWF-Schätzungen). Zahlen für Syrien und Kosovo aus CIA World Factbook (vgl. www.cia.gov/library/publications/the-world-factbook/, jeweils geschätzt).

in der Einkommensungleichheit in den entwickelten Ländern lassen sich daraus erklären. Anders als in den entwickelten Ländern sind Sozialtransfers in den Ländern des globalen Südens so gut wie nicht vorhanden. Hier ist der Anteil von Eigeneinkommen aus privaten Dienstleistungen größer. Darüber hinaus ist der Anteil der Lohnabhängigen am Arbeitsmarkt deutlich geringer, das Armutsrisiko entsprechend größer. Die Ungleichheit zwischen entwickelten und Entwicklungsländern lässt sich dadurch erklären.¹²

Das weibliche Gesicht der Migration

Die Auswirkungen von Migration auf Frauen und Männer sind recht unterschiedlich. Frauen erleben weit mehr Schwierigkeiten und Gefahren als Männer während der Flucht- bzw. Migrationsreise. Frauen sind nicht selten Opfer von Gewalt, Missbrauch und Vergewaltigungen. Häufig sind sie Opfer von Schmugglern und Menschenhändlern. In vielen Fällen, in denen Frauen als Ehepartnerinnen auswandern, ist deren legaler Status im Zielland von ihren Ehemännern abhängig. Migration ist stark gekoppelt an die Nachfrage nach weiblichen Arbeitskräften, bspw. in den Bereichen Pflege und Hausarbeit. Die Migration von Frauen in hochqualifizierte Jobs ist dagegen weniger sichtbar als die von Männern. Obwohl Frauen in Durchschnitt 17 Prozent weniger Lohn für die gleiche Tätigkeit erhalten als Männer, sparen sie in der Regel mehr, um Rücküberweisungen für Familienangehörigen zu leisten.¹³

Deutschland: Exportweltmeister und Einwanderungsland

Mit einem Leistungsbilanzüberschuss von über 297 Milliarden US-Dollar (ca. 268 Mrd. Euro) im Jahr 2016 bleibt Deutschland noch vor China (245 Mrd. US-Dollar) „Exportweltmeister“. Der Überschuss von ca. 9 Prozent der jährlichen Wirtschaftsleistung liegt weit über dem von der EU-Kommission als Stabilitätsge-

fährdend erklärten Wert von 6 Prozent.¹⁴ Der größte Teil dieses Überschusses (ca. 255 Mrd. Euro) kommt aus dem Warenhandel.¹⁵ Deutschland ist auch als Kreditgeber Weltspitze. Leistungsbilanz-Überschüsse in einem Land bedeuten Leistungsbilanzdefizite und Auslandverschuldung anderenorts. Daher trägt Deutschland eine strukturelle globale Verantwortung.

Die Liberalisierung des Welthandels hat unter anderem zu einer Ausweitung der industriellen Landwirtschaft weltweit geführt und Millionen von Kleinbäuerinnen und Kleinbauern in den Ruin getrieben (vgl. Kapitel II.02). An strukturpolitische Vorgaben gebundene Kredite von multilateralen Finanzinstitutionen, neue multilaterale Handelsregeln sowie bilaterale und regionale Handelsabkommen haben zu mehr Monokulturen und Exportorientierung in der Landwirtschaft vieler Entwicklungsländer geführt. Die Konsequenzen für die Ernährungssicherung sind katastrophal. Die größten Gewinner des Konzentrationsprozesses sind multinationale Agrarkonzerne und Großproduzenten in den Entwicklungsländern. Mit dieser Form der Globalisierung wurde den armen Entwicklungsländern die Chance beraubt, eine eigene weiterverarbeitende Industrie zu entwickeln, die sie zu einer besseren Position im internationalen Handel führen würde. Für Länder des globalen Südens spielt der weiterverarbeitende Sektor eine Schlüsselrolle im Prozess einer nachhaltigen Entwicklung. Lediglich 30 Prozent der gesamten afrikanischen Exporte sind verarbeitete Produkte.¹⁶ Da die Ausweitung des internationalen Handels direkt oder indirekt zu einer Steigerung der CO₂-Emissionen führt, trägt Deutschland auch in Bezug auf den Klimawandel große globale Verantwortung.

Kein Wunder also, dass die Lebensbedingungen in den Defizitländern schlechter geworden sind, während der Reichtum in Deutschland gesamtwirt-

¹² Vgl. ILO (2015a).

¹³ Vgl. Morazan/Mauz (2016).

¹⁴ Siehe hierzu: www.finanznachrichten.de/nachrichten-2017-01/39792453-ifo-deutschland-2016-wieder-kapitalexportweltmeister-015.htm.

¹⁵ Vgl. ifo Institut (2017).

¹⁶ Vgl. UNEP (2013).

schaftlich gesehen stark vermehrt wurde. Mehr als eine Million Flüchtende kamen im Jahr 2015 nach Deutschland. Die Integration von Asylbewerber/innen in den deutschen Arbeitsmarkt wurde allerdings durch die Migrationsgesetze der 80er-Jahre eher behindert. Im Dezember 2016 erließ die bayerische Staatsregierung eine Weisung, Geflüchteten aus Afghanistan, Pakistan und Nigeria keine Arbeitserlaubnis mehr zu erteilen, da sie zur Gruppe derer zählen, die keine positive Bleibeperspektive haben. Durch das Arbeitsverbot für Asylbewerber/innen soll unerwünschte Einwanderung abgeschreckt werden.

Nach wie vor wirken sich die Einschränkungen der „Residenzpflicht“ (d. h., die Beschränkung auf einen bestimmten zugewiesenen Wohnort, die verpflichtende Unterbringung in Gemeinschaftsunterkünften, Sach- statt Geldleistungen) negativ auf die Eigeninitiative von Geflüchteten aus. Damit sind sehr viele Asylbewerber/innen und Geduldete von Zahlungen des „Asylbewerberleistungsgesetzes“ abhängig. „Ironischerweise finanzierte der Staat später wiederum Maßnahmen, mit denen Geduldete in Arbeit vermittelt werden sollten. Bei der Anerkennung von Härtefällen wurden vor allem Arbeit und eigener Verdienst gewürdigt, die Flüchtlinge trotz der ausgrenzenden Bedingungen erreicht hatten.“¹⁷

Diese Gesetzgebung wurde seit 2013 schrittweise geändert: „Residenzpflicht“ und Arbeitsverbot wurden auf drei Monate reduziert. Der Bearbeitungsstau bei den Asylanträgen ist allerdings immer noch ein wichtiges Hindernis. Die Ankunft von knapp einer Million Menschen 2015 hat sowohl den politischen Diskurs („Deutschland ist kein Einwanderungsland“) als auch die entsprechende Gesetzgebung verändert. Zudem dürfen Menschen aus „sicheren Herkunftsländern“ keine Arbeitserlaubnis erhalten. Zu den sicheren Herkunftsländern zählen bis heute laut Webseite des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge (BAMF) die Mitgliedsstaaten der EU sowie Albanien, Bosnien und Herzegowina, Ghana, Kosovo, Mazedonien, Montenegro, Senegal und Serbien. Für Asylsuchende aus diesen Ländern, die ihren Asylantrag nach dem 31. August 2015 gestellt haben, gilt ein Arbeitsverbot.

Da die meisten Geflüchteten dem Arbeitsmarkt bislang noch nicht zur Verfügung stehen, ist es schwer, eine Einschätzung über deren Einkommenspotenzial zu geben. Die deutsche Arbeitsagentur rechnet zudem mit weiter steigenden Arbeitslosenzahlen von Geflüchteten und Migrant/innen in den kommenden Jahren, aufgrund einer schrittweisen Ausweitung des Arbeitskräfteangebotes durch die Fluchtmigration.¹⁸ Allein diese Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt droht, die Ungleichheit in Deutschland weiter zu verschärfen. Es ist zudem damit zu rechnen, dass die Integration von Geflüchteten im Wahlkampfjahr 2017 eher langsamer laufen wird.

Heimatüberweisungen

Deutschland ist das fünftgrößte Senderland von Heimatüberweisungen weltweit: Mehr als 23 Milliarden US-Dollar wurden 2014 über formelle Kanäle ins Ausland transferiert. Polen bleibt der wichtigste Empfänger gefolgt von Frankreich, Österreich, Italien, Spanien, Ungarn und der Tschechischen Republik. Außerhalb der Europäischen Union sind der Libanon, Russland, China, Vietnam, Nigeria, Serbien, Türkei, Thailand, Kosovo, Ukraine, die USA, Indien, Marokko, die Philippinen, Kirgisistan, Sri Lanka und Bosnien und Herzegowina wichtige Empfängerländer.¹⁹

Unklar ist, ob die von den Migrant/innenfamilien verfolgten Ausgabestrategien vereinbar sind mit ihren Zukunftsplänen. Die Heimatüberweisungen von Migrant/innen haben ebenfalls Auswirkungen auf die soziopolitischen Strukturen und die Regierungsführung in den Empfängerländern und können soziale Bindungen beeinflussen. Jedes Land und jede Region hat unterschiedliche Ausgangssituationen und Besonderheiten. Es gibt allerdings bestimmte Aspekte von Heimatüberweisungen, die relevant sind,

18 Vgl. ILO (2016a). „Bei einem Zuzug von jeweils einer Million Flüchtlinge 2015 und 2016 ergäbe sich im Vergleich zu einem Szenario ohne Flüchtlingsmigration eine zusätzliche Arbeitslosigkeit von +130.000 Personen. Erfahrungen der Vergangenheit zeigen, dass die Beschäftigungsquote von Flüchtlingen von unter zehn Prozent im Zuzugsjahr fünf Jahre nach dem Zu-zug auf knapp 50 Prozent steigt.“ Siehe hierzu: Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (2016a), S. 1.

19 Vgl. KNOMAD/World Bank (2016).

17 Thränhardt (2015), S. 37.

um ihre Potenziale zu bewerten. Für Subsahara-Afrika ist dies z. B. die vorherrschende Migration in die Nachbarländer und die EU, die regelmäßigen Geldsendungen über viele Jahre hinweg und die beinahe klischeehaften Ausgabemuster und das Sparverhalten (Investitionen), sofern letztere möglich sind.

Die Deutsche Nachhaltigkeitsstrategie

Da Migration unter anderem von der durch die Globalisierung vergrößerten Einkommensungleichheit getrieben wird, sollten auch Strukturen in den Zielländern der Migration angegangen werden, die zu einer Zunahme der Ungleichheiten zwischen den Ländern beigetragen haben. Eine wichtige Orientierung für die Bundesregierung bieten die in der Agenda 2030 vorgeschlagenen Zielvorgaben für den Abbau von globalen Ungleichheiten. Die deutsche Nachhaltigkeitsstrategie hat solche Vorgaben leider nicht aufgegriffen.

Dabei geht es z. B. um eine Verbesserung von Regulierungen und Monitoring von globalen Finanzmärkten und Institutionen und darum, die Implementierung solcher Regulierungen zu stärken. Deutschland hat eine starke Position, sowohl in Europa als auch global, solche Maßnahmen einzuführen. Im Euroraum besteht die Möglichkeit, insbesondere angesichts der Erfahrungen aus der Finanzkrise, entsprechende Reformen einzuführen. Dabei spielen auch die Fragen von Steuerflucht und die Austrocknung von Steueroasen eine wichtige Rolle.

SDG-Zielvorgabe 10.7 („Eine geordnete, sichere, reguläre und verantwortungsvolle Migration und Mobilität von Menschen erleichtern [...]“) sollte ebenfalls in der Nachhaltigkeitsstrategie aufgegriffen werden, damit Migration nicht zu einer Verschärfung von Ungleichheiten weltweit und in Deutschland beiträgt. Deutschland könnte ebenfalls für eine Modernisierung und eine Senkung der Kosten von Heimatüberweisungen eintreten im Sinne von Zielvorgabe 10.c der SDGs.

Im gegenwärtigen politischen Diskurs über Flucht und Migration wird häufig über Ursachenbekämpfung gesprochen. Dabei geht es zwar auch darum, die Armut und Beschäftigungssituation in den

Herkunftsländern zu verbessern. Leider konzentriert sich die tatsächliche Politik aber darauf, mehr Geld für die Sicherung der Grenzen vor Ort (auch an autoritäre Regierungen in instabilen Staaten) zur Verfügung zu stellen. Es mangelt auch in der Nachhaltigkeitsstrategie der Bundesregierung daran, die Perspektive zu erweitern. Als Gewinner der Globalisierung hat Deutschland eine große strukturelle Verantwortung, die sich in der Nachhaltigkeitsstrategie nicht ausreichend widerspiegelt (vgl. auch Kapitel I.01 und II.17).



Pedro Morazán ist wissenschaftlicher Mitarbeiter bei SÜDWIND – Institut für Ökonomie und Ökumene in Bonn.

Literatur

Bundesagentur für Arbeit (2017): Auswirkungen der Migration auf den deutschen Arbeitsmarkt. Nürnberg.

GCIM (2005): Migrants in the global labor market.

Hamilton, Bob/Whalley, John (1984): Efficiency and Distributional Implications of the Global Restrictions on Labour Mobility. In: Journal of Development Economics, 14 (1984).

IAB (2016a): Zuwanderungsmonitor. Aktuelle Berichte, September 2016. Nürnberg.

http://doku.iab.de/arbeitsmarktdaten/Zuwanderungsmonitor_1609.pdf

IAB (2016b): Flüchtlinge und andere Migranten am deutschen Arbeitsmarkt: Der Stand im September 2015. Nürnberg.

http://doku.iab.de/aktuell/2015/aktueller_bericht_1514.pdf

ifo Institut (2017): Deutschland 2016 Weltmeister beim Kapitalexport – USA beim Kapitalimport. Pressemitteilung vom 30.01.2017. München. www.cesifo-group.de/de/ifoHome/presse/Pressemitteilungen/Pressemitteilungen-Archiv/2017/Q1/press_20170130-DL-Weltmeister-Kapitalexport-.html

ILO (2015a): Global Wage Report 2014/15: Wages and income inequality Global. Genf.

ILO (2015b): Global estimates of migrant workers and migrant domestic workers: results and methodology. Genf.

IWF (2014): Redistribution, Inequality, and Growth. Washington, D.C.

IWF (2016): The Refugee Surge in Europe: Economic Challenges. Washington, D.C.

IWF (2017): World Economic Outlook 2017. Washington, D.C.
www.imf.org/external/pubs/ft/weo/2017/01/weodata/index.aspx

KNOMAD/World Bank (2016): Migration and Remittances Factbook. Country Tables. Washington, D.C.
http://siteresources.worldbank.org/INTPROSPECTS/Resources/334934-1199807908806/4549025-1450455807487/Factbook2016_Countries_A-L.pdf

Morazán, Pedro/Mauz, Katharina (2016): Migration und Flucht in Zeiten der Globalisierung: Die Zusammenhänge zwischen Migration, globaler Ungleichheit und Entwicklung. Bonn, Südwind Institut für Ökonomie und Ökumene.
www.suedwind-institut.de/fileadmin/fuerSuedwind/Publikationen/2016/2016-24_Migration_und_Flucht.pdf

OECD (2009): Migration and Employment. Paris.

OECD-DAC (2017): Development aid rises again in 2016. Paris.
www.oecd.org/dac/financing-sustainable-development/development-finance-data/ODA-2016-detailed-summary.pdf

Oxfam (2016): An Economy for the 1 %: How privilege and power in the economy drive extreme inequality and how this can be stopped. Briefing Paper 210. Oxford.
www.oxfam.de/economy-1-percent

Thränhardt, D. (2015): Die Arbeitsintegration von Flüchtlingen in Deutschland: Humanität, Effektivität, Selbstbestimmung. Berlin: Bertelsmann Stiftung.
www.bertelsmannstiftung.de/de/publikationen/publikation/did/die-arbeitsintegration-von-fluechtlingen-indeutschland-1/

UNEP (2013): Green Economy and Trade – Trends, Challenges and Opportunities. Nairobi.
www.unep.org/greeneconomy/GreenEconomyandTrade